

KOMMENTAR

NRW-Piraten-Parteitag

Viel Oberfläche, wenig Tiefgang

Von Detlef Burrichter

Die Piraten gleiten auf einer Welle der Sympathie, sie treffen den Nerv vieler Bürger. Und so können sie sich derzeit vor Parteieintritten kaum retten. Allein in NRW gab es mehr als 1000 Neuzugänge seit der Berlin-Wahl im September. Das explosive Wachstum macht aber Probleme: Die Piraten sind gar nicht auf Massenbetrieb angelegt. Sie sind nun aber dazu gezwungen, sich ähnliche Strukturen zu geben wie die etablierten Parteien. So könnten die Piraten ihren Charme schnell verlieren, befürchten etliche Mitglieder. Schließlich hat Piraten-Landeschef Michele Marsching recht mit seiner Analyse, dass die Menschen in erster Linie nicht politikverdrossen sind, sondern parteiverdrossen sind. Immer mehr Bürger hadern mit dem Geschacher in Hinterzimmern und der vielen Lobbyarbeit. Doch wer sind die Piraten eigentlich? In Soest fand sich eine männerdominierte Gesellschaft ein, die bestens ver-

traut ist im Umgang mit Laptop, Tablet-PC und Smartphones, von inhaltlicher Diskussion aber erschreckend wenig zu halten scheint. Schmalbrütig formulierte Headlines für das Grundsatzprogramm wurden per Beamer auf die Leinwand geworfen. Kaum hat die Aussprache begonnen, haggelt es Geschäftsordnungsanträge, die darauf abzielen, die Diskussion gar nicht erst im Detail zu führen. Ständig verlangen Mitglieder ein „Meinungsbild“ – eine Probeabstimmung, um den Mehrheits-trend sichtbar zu machen –, um damit die Diskussion zum Absturz zu bringen. So eine Buzzer-Funktion taugt aber nicht für eine demokratische Partei. Minderheitsmeinungen werden so untergebuttert. Bei Redebeiträgen hagelte es Zwischenrufe wie „abbrechen!“ und sogar „abstürzen“. Eine derartige Debattenkultur muss befremden. Auch die vorgestellten Inhalte wurden oft dürftig präsentiert. Viel Oberfläche, wenig Tiefgang – auf dem Piratenschiff fehlt bislang ein klares Wertefundament.



Gedenken an Neonazi-Opfer

Starkes Signal der Regierung

Von Lorenz von Stackelberg

Die Tatsache, dass eine neonazistische Terrorzelle jahrelang Ausländer in Deutschland ermorden konnte, ohne dass die Sicherheitsbehörden auch nur einen entsprechenden Verdacht fassten, ist nicht nur ein Anlass zu Trauer, Scham und Entsetzen, sie bedeutet zugleich den größten politischen Schadensfall für Deutschland seit den Brandanschlägen von Mölln und Solingen. Angela Merkel ist dem drohenden Vertrauensverlust des Auslands in die deutsche Gesellschaft sofort mit dem klaren Bekenntnis entgegenge-

treten, der Fall sei eine Schandefür das ganze Land. Die Bundesregierung hat rasch und konsequent gesetzgeberische Konsequenzen eingeleitet, darunter eine Neonazi-Debatte, und finanzielle Entschädigungen für die Hinterbliebenen angekündigt. Und sie wird, was besonders zu begrüßen ist, die Opfer und deren Angehörige mit einer zentralen Gedenkfeier ehren. Offizielle Trauer ist ein starkes Argument gegen all jene, die suggerieren, viele Deutsche seien auf dem rechten Auge blind. Und eine Aufforderung an jeden einzelnen, sich mit der braunen Bedrohung auseinanderzusetzen.



IM BLICKPUNKT

Comeback durch die Hintertür?

Ein Guttenberg-Auftritt im fernen Kanada

HALIFAX •

Vor diesem Auftritt kann selbst ein Karl-Theodor zu Guttenberg Lampenfieber haben. Mehr als 300 Paar Augen richten sich auf ihn, als er sich nach mehr als acht Monaten wieder ins Scheinwerferlicht wagt. Fast schüchtern betritt er den Saal, in dem er auf einem Podium über Weltwirtschaft parlieren soll. Der Ex-Verteidigungsminister wirkt verändert: Die runde Brille fehlt, das Gesicht ist voller, die Frisur anders, von Gel keine Spur.

Guttenberg hat sich eine Sicherheitskonferenz in Halifax für seine Rückkehr in der Öffentlichkeit ausgesucht. Hier im fernen Kanada ist er eine eher kleine Nummer. Guttenberg begnügt sich mit der Rolle des Experten – er arbeitet für eine Denkfabrik in Washington. Er analysiert und liefert Ideen. Politik machen jetzt andere. Schon vor zwei Jahren war Guttenberg in Halifax aufgetreten, damals noch als Minister. Offen-

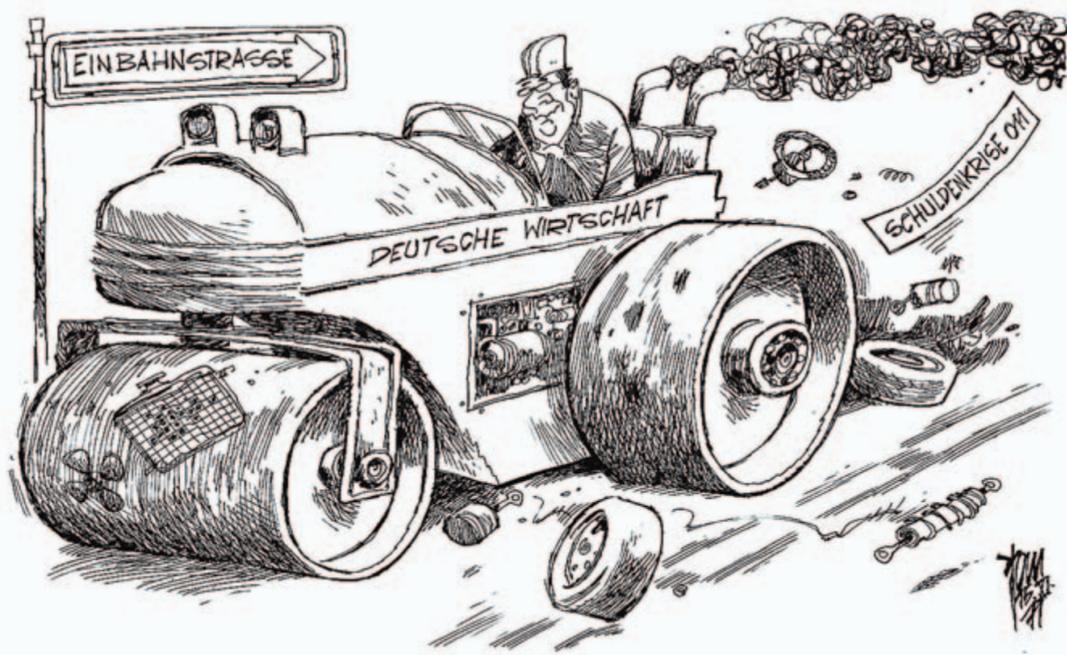


Guttenberg

sichtlich ist es kein Thema, dass er nach Erkenntnissen seiner Uni bei der Doktorarbeit abgekupfert hatte. Er habe über die Affäre gelesen, sagt Forumsleiter Peter Van Praagh. Ein Thema für ihn? „Nein. Es geht um seine Erfahrung.“

Die Veranstalter kündigen Guttenberg als „angesehenen Staatsmann“ an. Und so redet er auch. Da verteilt er eine Breitseite gegen Europas Politiker, die unfähig seien, die Krise zu lösen: „Wir stolpern von einer Ad-hoc-Lösung in die nächste.“ Guttenberg führt Klage, dass sich die USA mehr Richtung Asien wenden und die Europäer dem tatenlos zusehen. Und er berichtet über seinen Besuch bei den Wall-Street-Protesten in New York: „Vielleicht ein Warnsignal, dass etwas in unserer Demokratie falsch läuft.“

„Guttenberg ist gut angekommen“, sagt Bundeswehr-Oberstleutnant Patrick Kübler vom Nato-Kommando Norfolk als Zuhörer. Kommt Guttenbergs Comeback? „Warum nicht?“ meint Oberstleutnant Kübler – ganz privat. ■ dpa



Geisterfahrer unterwegs

NRW-Piraten wollen auch Düsseldorf Landtag entern

Landesverband feilte beim Parteitag in Soest am Grundsatzprogramm

Von Detlef Burrichter

SOEST ■ Den Rückenwind, den sie zurzeit haben, wollen die Piratenpartei am Wochenende beim Landesparteitag in Soest in brausende Fahrt durch schwergängiges politisches Fahrwasser ummünzen. Dass sie Parlamente entern können, haben sie in Berlin bewiesen. Nun nehmen sie Anlauf auf andere Landesparlamente – so auch in NRW.

Die häufig als Ein-Themen-Partei wahrgenommenen Internet-Freaks wollen zeigen, dass sie auch in anderen Politikfeldern etwas zu bieten haben. Deshalb feilten am Samstag etwa 250 der landesweit 3000 Piraten am Grundsatzprogramm.

In der Drogenpolitik wollen die NRW-Piraten neue Wege gehen. Die derzeitige Unterscheidung in legale und illegale Stoffe soll ersetzt werden durch eine „objektive Bewertung allein durch das Gefahrenpotenzial“. Cannabiskonsum soll legalisiert werden. Die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten lehnen die Piraten ab. Stattdessen soll der



Mit breiter Schulter präsentierten sich die Piraten beim Parteitag in Soest: Sie wollen neue Wege beschreiten. ■ Foto: dpa

Staat in Aufklärung und Hilfeangebote investieren. Auch im Schulunterricht soll Drogen-Aufklärung ein Schwerpunkt werden.

Mit großer Mehrheit wurde auch ein Antrag gegen die umstrittenen Erdgasbohrungen nach dem Fracking-Verfahren angenommen. Boden und Grundwasser würden zu großen Risiken durch Verseuchung und

Rissbildung ausgesetzt. Außerdem bekannten sich die Piraten zu einer nachhaltigen, überwiegend aus regenerativen Ressourcen bestehenden Energiepolitik. Sie treten für eine Dezentralisierung von Energiegewinnung und -versorgung ein.

Schließlich stimmten die Piraten auch für ein liberales Bleiberecht für Ausländer und für die Anerken-

nung sogenannter „Whistleblower“, die zum Beispiel anonym Dienstgeheimnisse im Internet ausplaudern. „Whistleblower erfüllen für die Gesellschaft eine wichtige Funktion, indem sie auf Missstände wie Korruption und Vetternwirtschaft aufmerksam machen“, heißt es in dem angenommenen Antrag.

Heiß diskutiert wurde über den Ausschluss von Scientologen, nachdem in Düsseldorf ein Pirat als Mitglied der Sekte geoutet worden war. Fast einstimmig beschlossen die Piraten, dass die Lehren der Sekte nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft der Piraten in NRW sind. „Wir wollen keine extremistischen Spinner in der Piratenpartei“, sagte Landesvorsitzender Michele Marsching.

Für die kommenden Wahlen rechnen sich die Piraten gute Chancen aus. Laut Umfragen kämen sie derzeit in NRW auf 9, im Bund auf 8 Prozent. „Wir müssen aber raus auf die Straße und den Menschen in NRW zeigen, dass es uns gibt“, sagte Marsching. → Kommentar

Kräftiger Rechtsruck in Spanien

MADRID ■ Rechtsruck in Spanien: Bei der Parlamentswahl hat sich gestern ein Erdrutschsieg der konservativen Volkspartei (PP) abgezeichnet. Nach einer Prognose des staatlichen Fernsehens gewann die PP von Mariano Rajoy bei der Wahl mitten in der Finanzkrise etwa 183 der 350 Sitze. Damit könnte der bisherige Oppositionsführer Rajoy sich auf eine absolute Mehrheit stützen. Die Sozialisten, die das Land seit über sieben Jahren regieren, erlitten das schlechteste Ergebnis seit Ende der Franco-Diktatur. Spanien hat die höchste Arbeitslosigkeit in der EU. Die Wirtschaft stagniert, die Schuldenkrise brachte das Land wirtschaftlich an den Rand des Abtricks. Der sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero musste sich vorhalten lassen, nicht angemessen auf die Krise reagiert zu haben. ■ dpa

Erneutes Chaos in Kairo

KAIRO ■ Gut eine Woche vor Beginn der Parlamentswahlen eskaliert in Ägypten wieder die Gewalt. Bei Protesten gegen den regierenden Militärrat kam es zu massiven Ausschreitungen in Kairo und Alexandria; am Wochenende wurden nach offiziellen Angaben drei Menschen getötet und mindestens 750 verletzt.

Die Lage war eskaliert, nachdem die Polizei einen Sitzstreik gegen den Militärrat auf dem Tahrir-Platz aufgelöst hatte. Einige Dutzend Demonstranten hatten nach einer von Islamisten dominierten Großkundgebung am Freitag Zelte aufgebaut, um gegen die geplanten Verfassungsleitlinien der Übergangsregierung zu protestieren. Diese sollen unter anderem die Macht des Militärs absichern. Noch am Freitag hatten Zehntausende Menschen friedlich gegen den Militärrat demonstriert. ■ dpa

Konflikt in Syrien eskaliert blutig

Regierung ignoriert arabisches Ultimatum

DAMASKUS ■ In Syrien eskaliert der Konflikt zwischen Regierung und Opposition weiter. In der Hauptstadt Damaskus wurde nach Oppositionsangaben am Wochenende erstmals ein Gebäude der regierenden Baath-Partei mit Granaten angegriffen. Das Haus im Zentrum der Stadt sei von mehreren Geschossen getroffen worden, teilte die syrische Opposition mit.

Präsident Baschar al-Assad ließ derweil ein Ultimatum der Arabischen Liga verstreichen. In einem Interview mit der britischen Zeitung „Sunday Times“ machte er deutlich, dass sich Damaskus nicht dem Druck aus dem Ausland beugen werde. Im Falle einer ausländischen Intervention werde er „kämpfen und sterben“, sagte er. Er warnte zugleich, ein solcher Militäreinsatz würde die gesamte Region destabilisieren. Bereits vor der jüngsten Eskalation hatte US-Außen-

ministerin Hillary Clinton vor einem Bürgerkrieg in Syrien gewarnt. Präsident Assad habe mit seinem Vorgehen gegen die Opposition „das Volk provoziert, gegen das Regime Waffen zu ergreifen“. „Es könnte einen Bürgerkrieg mit einer sehr entschlossenen und gut bewaffneten und letztlich gut finanzierten Opposition geben.“ Diese Opposition könnte von Überläufern aus der Armee „beeinflusst“, wenn nicht gar angeführt werden.

Die syrische Regierung sollte sich bis zum späten Samstagabend entscheiden, ob sie Beobachter der Arabischen Liga ins Land lässt. Nachdem es diese Frist verstreichen ließ, drohen dem Regime nun Sanktionen seitens der früheren arabischen Partner. Seit Beginn der Proteste im März sind in Syrien Schätzungen zufolge mehr als 3500 Menschen ums Leben gekommen. ■ dpa

ZUR PERSON



Sahra Wagenknecht, Vize-Vorsitzende der Linkspartei und Freundin des ehemaligen Parteichefs Oskar Lafontaine, hat kein Problem damit, Privates und Politisches zu trennen. „Wir waren beide immer eigenständige Politiker, und das wird auch so bleiben“, sagte sie in einem Interview. Auch Politikern sollte man nach ihren Worten „das Recht auf Privatsphäre lassen“. Auf die Frage, ob sie den Vorwurf fürchte, sie mache politische Karriere von Lafontaine Gnaden, antwortete Wagenknecht: „So ein Quatsch. Ich habe bereits seit vielen Jahren unter Beweis gestellt, dass ich eine eigenständige Politikerin bin.“ Im Übrigen sei ein solcher Vorwurf „mies, weil frauenfeindlich“. ■ dpa

INLAND

Bildungsgefälle: Eine neue Bildungsstudie offenbart ein großes Gefälle innerhalb Deutschlands. Im „Deutschen Lernas 2011“ der Bertelsmann-Stiftung schneidet der Süden laut „Spiegel“ durchweg deutlich besser ab als der Norden. Die schlechtesten Landkreise und kreisfreien Städte in Baden-Württemberg und Bayern seien immer noch besser als die besten Regionen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. ■ dpa

Katholikentag: Der Deutsche Katholikentag 2014 findet im bayerischen Regensburg statt. Dies habe die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn mit großer Mehrheit beschlossen, teilte das ZdK am Samstag mit. Geplant ist das Katholikentreffen vom 28. Mai bis 1. Juni 2014. ■ dpa

IG Metall: Vor dem Start der dritten Stahl-Tarifrunde hat die IG Metall den Druck auf die Arbeitgeber erhöht. Sollte es bei dem Treffen heute in Düsseldorf zu keinem Ergebnis kommen, hat die Gewerkschaft bereits mit einer zweiten Warnstreikwelle gedroht. ■ Inw

AUSLAND

Brutaler Organhandel: Hunderte afrikanische Flüchtlinge sind einem CNN-Bericht zufolge Opfer von kriminellem Organhandel in der Sinai-Wüste geworden. Drahtzieher sollen Beduinen sein, die Flüchtlinge über die Grenze nach Israel schmuggelten sowie korrupte ägyptische Ärzte, hieß es. Ihre Opfer kämen vor allem aus dem Sudan, Äthiopien oder Eritrea. Den Flüchtlingen würden Nieren, Leber und andere Organe bei lebendigem Leibe entnommen. Die brutalen Eingriffe überlebten die Opfer in der Regel nicht. ■ dpa

Unanständig: Wegen der Veröffentlichung „unanständiger Fotos“ und eines „unanständigen Berichts“ ist der Chef der iranischen Nachrichtenagentur Irna, Ali-Akbar Dschavanfekr, zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Berufsverbot verurteilt worden. Beobachter sehen das Urteil als Strafe für ein Interview, das Dschavanfekr dem Oppositionsblatt „Etemad“ gab. Darin sprach er über Machtkämpfe im Parlament. ■ dpa